



Pennywise Er war der böseste aller Clowns. Nun sind Kopisten unterwegs. Von David Hesse

Schrecken unter Schminke

Der Clown lebt in der Kanalisation. Als der Sturm das Papierschiff des kleinen George in den Gully spült, fängt Pennywise es auf. Lockt den Buben zu sich, verspricht ihm einen Luftballon. George beugt sich herab, plötzlich riecht es nach Zirkus, nach gebrannten Mandeln - dann reisst Pennywise dem Kind den Arm aus, ermordet es.

Pennywise, der Horrorclown aus Stephen Kings Roman «Es» von 1986, war nicht der erste böse Clown der US-Popkultur. Vor ihm kam Batmans Gegenspieler Joker, erschaffen 1940 und inspiriert vom Stummfilm «The Man Who Laughs». Und da war der Massenmörder John Wayne Gacy, gefasst 1978 und hingerichtet 1994; er arbeitete als Clown Pogo, man nannte ihn Killerclown.

Doch es war Pennywise, im Film dargestellt vom Briten Tim Curry, der dem bösen Clown sein bleibendes Gesicht verlieh. Rote Haarbüschel, aufgemaltes Lachen, Pompoms. Pennywise ist ein als Kinderfreund verkleideter Kinderschänder - ein pervernes Gegenstück zu Ronald McDonald, dem Hamburger-Clown. Er inspirierte weitere Fiktionen, von den Rappern der Insane Clown Posse bis zum zwiespältigen Krusty bei den Simpsons. «Kann nicht schlafen, der Clown wird mich fressen», stammelt Bart in einer Folge.

Dieser Tage aber sind die Clown-Nachahmer vermehrt in echt unterwegs. In den USA, in Kanada und Grossbritannien häufen sich seit letztem Monat die Meldungen von unheimlichen Clowns («Creepy Clowns»), die Passanten und Autofahrer erschrecken und teilweise sogar Kinder in den Wald zu locken versuchen sollen. Es ist ein Internetphänomen, bei dem Teenager in Stadt und Land verkleidete Filmchen drehen, ins Netz stellen und sich so in eine globale Sache einklinken wollen. In England ist ein Student verhaftet worden, weil er nachts als Clown mit Ketten säge unterwegs war. Er habe nur «dem Trend folgen» wollen, sagte er bedauernd.

Eltern und Erzieher reagieren besorgt, da Irre und Pädophile sich unter den Clownmasken verbergen könnten. Bereits formieren sich Clownjäger-Bürgerwehren. Experten sprechen von Massenhysterie. Die Firma McDonald's lässt ihr Maskottchen Ronald McDonald nicht mehr auftreten, Spitalclowns fürchten um ihren Ruf. Wer im Clownkostüm unterwegs ist, wird in den USA und in England mancherorts gebüsst.

Dass Clowns gruselig sind, weiss die Wissenschaft schon lange. Die meisten Kleinkinder fürchten das verfremdete Gesicht, aber auch mache Erwachsene haben Mühe mit dem aufgemalten Grinsen, der Schminke, dem doppelten Gesicht. Der Fachausdruck heisst Coulrophobie, die Angst vor Clowns.

Clowns, schrieb der Essayist Mark Dery vor der Jahrtausendwende, sind «Agenten des Chaos». Offenbar herrscht in der angeblich überangepassten Jugend gerade Appetit auf Unruhe. Möge sie den Gullys fernbleiben.

Gastbeitrag Der Olma-Gipfel war ein PR-Coup, der die Bedeutung regionalen Ausgleichs im Bundesrat hervorhebt. Von Stefan Schmid*

Ihr solltet der Ostschweiz dankbar sein

Die Ostschweizer Kantone landeten diese Woche einen veritablen Coup. Das kommt selten vor. Doch der sorgfältig inszenierte PR-Anlass an der Olma ist ein Volltreffer. Clever haben unsere ansonsten eher zurückhaltenden Regierungsvertreter die beliebte Bauern- und Ernährungsmesse als Plattform für Politpropaganda in eigener Sache genutzt. Die Ostschweiz, so die Botschaft, muss im Bundesrat «zwingend» wieder vertreten sein. SVP-Chef Albert Rösti, CVP-Präsident Gerhard Pfister sowie die Vizepräsidenten von FDP und SP, Andrea Caroni und Barbara Gysi, lauschten verständnisvoll, ehe sie sich Wurst und Bier widmeten.

Amüsiert nehmen wir hier im angeblich «verwahrlosten Grenzgebiet» (Gabriel Vetter) die Reaktionen der Miteidgenossen westlich von Winterthur zur Kenntnis. Während welsche Medien zum ersten Mal feststellen, dass mit «Deutschschweiz» nicht alleine Zürich, Bern oder Basel gemeint sind, macht sich der Zentralschweiz-Korrespondent des Zürcher «Tages-Anzeigers» über die «überempfindlichen» Ostschweizer lustig.

Unanständige Steuersenkungspläne

Das «Geheul» der Zukurzgekommenen, lästert der Kollege, höre man gefühlt nun schon zum hundertsten Mal. Ueli Maurer könne als Zürcher Oberländer ja eigentlich zur Ostschweiz gezählt werden, behauptet er kühn. Und überhaupt: Wenn schon, hätte die Zentralschweiz Grund zum Klagen. Dort warte man seit dem Abgang von Kaspar Villiger vor 13 Jahren auf eine Vertretung in der Landesregierung.

Wir können nichts dafür, dass am Fusse von Rigi und Pilatus über unanständige Steuersenkungspläne anstatt eine anständige Vertretung der Regionen im Bundesrat gesprochen wird. Und dass die Luzerner Schüler dieser Tage eine Woche Zwangsferien verordnet bekommen, weil der Kanton seine Lehrer infolge der Dumpingstrategie nicht mehr bezahlen kann, tut uns leid. Das haben die Jugendlichen nicht verdient. Doch lassen wir die provinzielle Polemik.

Denn Provinzler sind wir nicht. Wir haben das grosse Ganze im Auge. Es gibt gute staatspolitische Gründe, die aktuelle Zusammensetzung des Bundesrats anzuprangern. Bern und die Westschweiz stellen mit den Ministern Berset,

Burkhalter, Parmelin, Sommaruga und Schneider-Ammann fünf Bundesräte. Die anderen beiden - Leuthard und Maurer - kommen aus dem Grossraum Zürich. Damit wird die regionale Vielfalt unseres Landes ungenügend abgebildet.

Das Dreiländereck um Basel, das Tessin sowie die Zentral- und die Ostschweiz sind in der Landesregierung derzeit nicht vertreten. Ein Konstruktionsfehler. Die Schweiz tut gut daran, die Diskussion rechtzeitig zu führen, wie diesem Missstand abgeholfen werden kann. Natürlich ist

«Wir haben das grosse Ganze im Auge.»

die Herkunft nicht das einzige Kriterium bei der Auswahl von Magistratspersonen. Es gab ebenso hervorragende welsche Bundesräte - denken wir an Jean-Pascal Delamuraz oder Pascal Couchepin -, wie es Nieten aus der östlichen Landeshälfte vertrat. Doch in unserem vielfältigen, heterogenen Land ist die Frage der regionalen Repräsentanz nun mal kein Nebenaspekt.

Die Olma-Offensive der Ostschweizer Regierungen rückt diese Diskussion ins nationale Bewusstsein, und sie ruft in Erinnerung, wie wichtig der Ausgleich ist. Zwischen Deutsch- und Westschweiz, Zentrum und Peripherie, Arm und Reich. Abgesehen davon: Die Ostschweiz hat starke Kandidaten im Köcher, sollte Johann Schneider-Ammann tatsächlich bald in Pension gehen: Sowohl der Bündner Ständerat Martin Schmid als auch die St. Gallerin Karin Keller-Sutter bringen das Zeug für eine Berufung in die Landesregierung mit. Dass die Bündner nur Ostschweizer sind, wenn es ihnen nützt, ist zwar etwas ärgerlich; sobald es um Subvenziens geht, machen sie mit jedem, der sich gerade anbietet, gemeinsame Sache. Doch da sind wir grosszügig.

Hauptsache, man nimmt zwischen Genf und Zürich zur Kenntnis, dass wir einen Ostschweizer Bundesrat wollen.

*Stefan Schmid ist Chefredaktor des «St. Galler Tagblatts»

Atomkraftwerke Die Betreiber wollen nicht mehr zahlen.

Von Stefan Häne

Ihr Widerstand entlarvt sie

Der Zeitpunkt ist delikat. Sechs Wochen vor der Abstimmung über die Atomausstiegsinitiative hat diese Zeitung publik gemacht, was die Initiativgegner wohl am liebsten unter dem Deckel gehalten hätten: Die Betreiber der Atomkraftwerke wehren sich dagegen, mehr Geld für die Stilllegung ihrer Meiler und die Entsorgung des radioaktiven Mülls zu bezahlen. Gegen eine entsprechende Verfügung der Behörden haben sie Beschwerde eingereicht. Das ist ihr gutes Recht.

Nur ist dieser Schritt eben auch bezeichnend für die Geisteshaltung einer Branche, die sich ihrer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen nicht bewusst ist oder - bedenklicher - sich darum foutiert. Zwar weiss noch niemand, wie viel das atomare Ende kosten wird. Sicher aber wird es sehr teuer. Für die Stilllegung und Entsorgung in der Schweiz veranschlagten die Experten 2006 eine Gesamtsumme von 15,5 Milliarden Franken, 2011 waren es bereits 19 Milliarden - ein Betrag, der mit der neuen Kostenschätzung Ende dieses Jahres abermals steigen dürfte. Der Bundesrat hat deshalb 2014 beschlossen, die Berechnungsgrundlagen für die jährlichen Beiträge der Kraftwerksbetreiber nach oben zu korrigieren. Er hat damit so gehandelt, wie es einer verantwortungsbewussten Regierung ansteht: vorausschauend - und nicht «willkürlich», wie ihm nun vorgehalten wird.

Anders, als die Betreiber klagen, ist die Erhöhung auch nicht «unnötig». Vielmehr erinnert sie an das Verursacherprinzip, das hier von Gesetzes wegen gilt. Die Einzahlung in den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds darf keinesfalls von der wirtschaftlichen Fitness der Atombranche abhängen. Ansonsten muss am Ende der Bund die Rechnung begleichen, der Steuerzahler also. Just auf dieses Ziel arbeiten die Kraftwerksbetreiber jedoch hin. Sie klagen, in einem schwierigen Marktumfeld entzogen ihnen die steigenden Beiträge wertvolles Geld.

So entlarvend kann Widerstand sein - und so beängstigend. Was, wenn die Kraftwerksbetreiber in dieser Logik auch anderswo verfahren, etwa bei den teuren Nachrüstungen für ihre alternden Meiler? Sicherheit darf niemals eine Preisfrage sein - bei der Risikotechnologie Atomkraft schon gar nicht.

Widmers Woche Von Ruedi Widmer

